



Demonstration für WikiLeaks-Chef Assange im australischen Brisbane: „Treibt die Truppen zusammen“

Der etwas andere Krieg

Der WikiLeaks-Gründer Julian Assange sitzt wegen eines angeblichen Sexualdelikts in Haft, im Netz tobt ein erbitterter Kampf um die Firmen, die Gelder der Enthüllungsplattform gesperrt haben. US-Politiker bedrohen mit ihrem aggressiven Vorgehen die Meinungsfreiheit.



MARC GRIMWADE / GETTY IMAGES

Da prallen zwei Welten aufeinander, wie sie so noch nie zusammengestoßen sind, und sie tun es in einer Person, in dem Mann, der an Andy Warhol erinnert, weißhaarig, schmal, eklektisch. Ein bisschen außerirdisch wirkt er, wie ein Gast aus einer anderen Galaxie, aber dabei doch auch ein sehr handfester Pop- und Polit-Star, Groupie-Traum. Die einen sehen ihn als Freiheitshelden, für die anderen ist er ein verantwortungs-

loser Verräter, und für die amerikanische Regierung neuerdings so etwas wie der Staatsfeind Nummer eins: Julian Assange, 39, WikiLeaks-Gründer, Internetaktivist.

Der Australier, der mit den Geheimpapieren aus dem Irak- und Afghanistan-Krieg, vor allem aber mit den enthüllten außenpolitischen Depeschen aus den Vereinigten Staaten von Amerika die gedemütigten und jetzt die rachsüchtigen Staaten von Amerika erst gemacht hat, sitzt seit Dienstag

in einer Zelle im Untersuchungsgefängnis Wandsworth bei London, einem Ungewöhnlichkeit von grauem Backstein aus viktorianischen Zeiten. Zum ersten Mal nach langer Zeit wieder mal ein fester Wohnsitz für den Nomaden. Die Anklage aus Schweden wirft ihm Vergewaltigung vor. Kein Netz-Delikt, ein „echtes“.

Das Essen soll mäßig sein, doch das wird ihn nicht interessieren. In Reykjavík, wo er das Video der mordenden US-Soldaten von Bagdad geschnitten hat, das dann um die Welt ging, soll er sich einmal



tagelang nur von Zwieback ernährt haben. Graue Anstaltskleidung, so what. Sprechen darf er jetzt mit seinem Anwalt, nur eine Stunde täglich; auch das wird der so oft Schweigsame, In-sich-Gekehrte verschmerzen. Aber in den ersten Tagen hat er keinen Computerzugang – hart für einen wie ihn. Er ist auf Entzug, sozusagen.

So vieles hat sich draußen in den vergangenen Monaten für ihn geändert. Da ist einmal die alte, die analoge Welt: körperlich, zwischenmenschlich, begrenzt. Ihr ist er jetzt ausgeliefert. Es geht um Sex, ob einvernehmlich oder erzwungen, um zupackende Polizistenhände, klickende Handschellen. Um die vergitterten Fenster. Geschlossene Räume. Gemächliches Tempo. Es geht um Regeln, über Jahrhunderte entstanden.

Da ist andererseits die neue, die digitale, seine Welt: verführerisch, unfassbar, ausufernd, im wahrsten Sinn des Wortes grenzenlos in ihren Freiheiten. Offene Räume. Und alles passiert in Sekunden-schnelle. Da wirkt er unantastbar.

Seit vergangener Woche führen diese beiden Welten Krieg – die archaische, aber auch demokratisch gewachsene mit ihren Spielregeln des Miteinanders gegen die anarchische, oft zügellose, Grenzen verachtende. Und Assange steht im Mittelpunkt. Es ist die erste universale Auseinandersetzung mit neuen, zumindest in diesem Ausmaß bisher unerprobten virtuellen Waffen, die sich beispielsweise „Ionenkanonen“ nennen: Es ist ein Cyber War, ein Krieg aus Information und Desinformation, mit womöglich weitreichenden Folgen für die internationale Politik und für die Presse- und Meinungsfreiheit in der westlichen Welt.

Seit die Griechen ein hölzernes Pferd vor der feindlichen Stadt Troja platzierten, mit ihren besten Soldaten darin verborgen, haben Regierungen immer über Geheimnis und Verrat diskutiert. Die „Trojaner“ von heute sind in Computern versteckt. Und neue Fragen entstanden.

Welche Grenzen darf der Staat ziehen, welche Geheimnisse vor seinen Bürgern bewahren? Welche Verpflichtungen entstehen denen, die vertrauliche diplomatische Depeschen enthüllen? Darf eine Demokratie jenseits bestehender Gesetze über neue Restriktionen im Cyber-Krieg nachdenken, sie sogar aus diesem Anlass umsetzen?

Die WikiLeaks-Fans wollen die Website mit allen, auch illegalen Mitteln retten, weil sie überzeugt sind, dabei handle es sich um ein revolutionäres Medium. Allerdings teilen sich die Unterstützer: in solche, die eine völlige Datenfreigabe unter allen Umständen propagieren, Anhänger von Jean-Jacques Rousseaus Traum der totalen Transparenz; und in solche, die glauben, das enthüllte Material müsste grundsätzlich journalistisch gewertet und gewichtet werden und Nach-

richten, die Menschenleben gefährden könnten, müssten unterdrückt werden.

Der SPIEGEL hat WikiLeaks mehrfach als Quelle genutzt, aber immer auf redaktioneller Unabhängigkeit bestanden. Die State-Department-Depeschen erwiesen sich nach monatelanger Durchsicht als wichtig „in öffentlichem Interesse“, als „Traum für Historiker“ (Timothy Garton Ash).

Sie haben – neben durchaus beachtlichen Einschätzungen gut informierter und engagierter amerikanischer Diplomaten – gezeigt, wie hilflos und tödlich besorgt die Weltmacht USA gegenüber der Atommacht Pakistan agiert, die sich immer weiter dem Status eines gescheiterten Staates annähert. Oder wie unverschämt arabische Potentaten ihre Bürger belügen, wenn sie intern ihre Schutzmacht USA bedrängen, doch endlich Iran, sein Raketen- und Nuklear-Programm in die Schranken zu weisen. Nun erfahren



Sarah Palin, Ex-Gouverneurin von Alaska
„Er (Assange) ist ein Anti-Amerikaner mit Blut an seinen Händen. Wieso wurde er nicht wie ein Taliban- oder al-Qaida-Führer verfolgt?“

wir endlich, dass es in der chinesischen KP auch Funktionäre gibt, die sich durchaus vorstellen könnten, von ihrem engen nordkoreanischen Verbündeten Kim Jong Il abzurücken und eine Wiedervereinigung unter Führung des kapitalistischen Südens zuzulassen.

Wir wissen aus dieser Quelle jetzt, was die amerikanische Außenministerin Hillary Clinton in Wahrheit von einem permanenten Sitz Indiens im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hält – nämlich gar nichts. Ganz anders ihr Chef, Präsident Barack Obama, der den Indern kürzlich bei einem Staatsbesuch strahlend versichert hat, was für eine tolle Idee das doch wäre. Diplomatische Depeschen aus Moskau haben uns einen mafiaverseuchten Staat vorgeführt, in dem Wladimir Putin der starke Mann ist, und die Geheimpläne der Nato zum Schutz der baltischen Staaten offengelegt, falls eben dieses Russland

über die kleinen Ostseestaaten herfallen sollte. Sie haben auch gezeigt, wie willig sich die Ministerin Clinton als Werkzeug der CIA einsetzen lässt, wenn sie ihre Diplomaten dazu anhält, das Führungspersonal der Uno auszuspionieren.

Die Gegner von WikiLeaks halten die Veröffentlichung von staatlichen Geheimnissen für Teufelswerk, zumindest wenn es sich um geheime Nachrichten aus parlamentarischen Demokratien handelt. Diese Meinung ist derzeit besonders in Washingtoner Regierungskreisen anzutreffen, wo die anfängliche Demut nach einer hochpeinlichen Panne und einem diplomatischen Desaster in Wut umgeschlagen ist. Und wo man nun offensichtlich fast alles zu tun bereit ist, was das Gesetz hergibt oder mit kreativen Zusätzen hergeben könnte, um WikiLeaks aus dem Verkehr zu ziehen. Und um seinen Chef vor Gericht zu bringen.

Unfassbar Schrilles kommt von beiden Seiten: „Ich finde, der Mann ist ein Hightech-Terrorist“, schwadronierte Mitch McConnell, Chef der Republikaner im Senat. Und seine Parteikollegin Sarah Palin, für viele die kommende Präsidentschaftskandidatin, setzte Assange mit Osama Bin Laden gleich: Er muss ihrer Meinung nach genauso als Staatsfeind verfolgt werden wie der Massenmörder vom 11. September 2001. Newt Gingrich, das alte Schlachtross der Partei, rief offen dazu auf, Assange zu entführen und zu foltern. Mike Huckabee, ebenfalls ein führender Republikaner, forderte gar offen die Todesstrafe für Enthüller.

Auch aus der Obama-Regierungstruppe klang es, als sei ihr an verbaler Abrüstung nicht gelegen. Hillary Clinton, als oberste Diplomatin eher zur Zurückhaltung aufgefordert, macht ihrer Empörung Luft: „Ein Angriff auf Amerikas außenpolitische Interessen“; Justizminister Eric Holder: „WikiLeaks setzt unsere nationale Sicherheit aufs Spiel. Noch konkreter gefährdet es das Leben von Menschen, die unserem Land dienen.“ Einen Beleg für diese Anschuldigung blieb er schuldig.

Die rechtspopulistischen Medien von „Fox News“ bis „Washington Times“ überschlugen sich in einer Hetzkampagne, die weniger an den Diskurs in einer Demokratie als an eine Drohkulisse in einem autoritären Staat erinnerte – beispielsweise an die Ausfälle des chinesischen Regimes gegen Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo, die etwa zur gleichen Zeit ertönten.

„Warum ist Assange noch nicht tot?“, ließ die Zeitschrift „National Review“ ihren Kolumnisten Jonah Goldberg fragen. Rush Limbaugh, vielgehörter Radiokommentator und Scharfmacher, machte Witze über die beste Art der Ermordung: „In den guten alten Tagen wäre dieser Typ an einer Bleivergiftung gestorben, und zwar durch eine Kugel in den Kopf.“



WikiLeaks-Server-Standort in einem Atombunker in Stockholm: „Ihr müden Giganten“

Kaum Gehör finden da noch besonnenere Stimmen wie die des Republikaners Ron Paul aus Texas, der sagte, Assange habe nichts anderes getan als jeder investigative Journalist. Und des Magazins „The Atlantic“, das von „schändlichen Attacken“ schrieb und „das Funktionieren einer freien Presse als Grundlage unserer Demokratie bedroht“ sah.

Die Web-Gemeinde schlug nicht minder martialisch zurück. „Treibt die Truppen zusammen, jetzt fliegt uns die Scheiße um die Ohren“, hieß es in einem Aufruf der WikiLeaks-Partisanen, die Vandalismus im Netz für ein Kavaliersdelikt halten oder ihn zum gerechtfertigten zivilen Ungehorsam überhöhen. Und immer wieder wurde das Manifest zur „Unabhängigkeit des Cyberspace“ verlinkt: „Regierungen der industriellen Welt, ihr müden Giganten aus Fleisch und Stahl, ich komme aus dem Cyberspace, der neuen Heimat des Geistes. Ihr Vertreter einer vergangenen Zeit: Ihr seid bei uns nicht willkommen. Wo wir uns versammeln, habt ihr keine Macht mehr.“

Es ist weit mehr als eine Schlacht der Worte. In den vergangenen Tagen überschlugen sich Angriff und Gegenangriff im digitalen Raum. So wurde das Big Business gegen WikiLeaks in Stellung gebracht (oder handelte in vorauseilendem Gehorsam gegenüber Spitzenpolitikern). Als Scharfmacher im Vordergrund: der parteilose Senator Joe Lieberman, Vorsitzender des Senatsausschusses für Nationale Sicherheit.

Bereits kurz nach den Presseveröffentlichungen zu den Geheimdokumenten des State Department setzte er einen Ausschussmitarbeiter gezielt gegen den Internethändler Amazon an. In einem Telefonat soll die Geschäftsführung bedrängt worden sein, die WikiLeaks-Seite vom Server zu nehmen. Amazon bestreitet bis heute, auf politischen Druck gehandelt zu haben, aber die Abschaltung am 1. Dezember kam für alle überraschend.

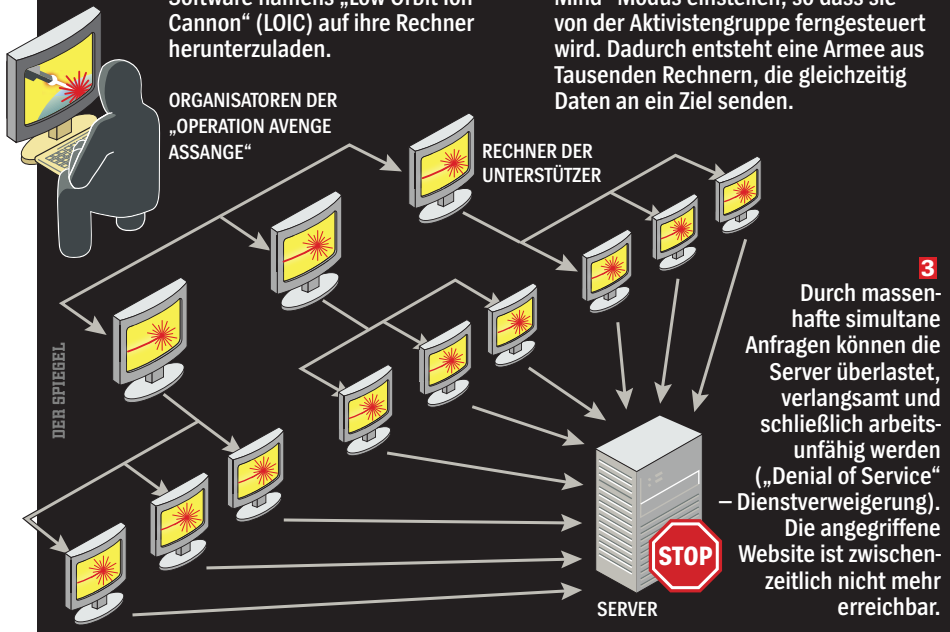
Zwei Tage später kündigte das Unternehmen EveryDNS die Adresse wiki.leaks.org auf, und die Enthüllungsplattform war unter der angestammten Domain nicht mehr erreichbar. Am 4. Dezember fand dann die Milliarden-Dollar-Firma PayPal, eine Tochter des Internetauktionators Ebay, die Zusammenarbeit mit Assange nicht mehr akzeptabel (und schwenkte nach einer Intervention der Wau-Holland-Stiftung teilweise wieder in die andere Richtung um, gab WikiLeaks-Spendengelder frei). Am 6. Dezember war es das riesige Kreditkartenunternehmen Mastercard, einen Tag später kündigte Visa die Verbindung mit WikiLeaks.

Manchmal begründeten die Unternehmen ihre Handlung gar nicht, manchmal wurden „illegale Aktivitäten“ als Trennungsgrund angeführt. WikiLeaks sollte offensichtlich finanziell ausgetrocknet

Rachefeldzug Wie anonyme Saboteure Websites lahmlegen

- 1** Die „Operation Payback“ ruft Unterstützer über das Web dazu auf, sich eine Angriffs-Software namens „Low Orbit Ion Cannon“ (LOIC) auf ihre Rechner herunterzuladen.

- 2** Die LOIC-Software lässt sich entweder manuell steuern oder auf den „Hive Mind“-Modus einstellen, so dass sie von der Aktivistengruppe ferngesteuert wird. Dadurch entsteht eine Armee aus Tausenden Rechnern, die gleichzeitig Daten an ein Ziel senden.



- 3** Durch massenhafte simultane Anfragen können die Server überlastet, verlangsamt und schließlich arbeitsunfähig werden („Denial of Service“ – Dienstverweigerung). Die angegriffene Website ist zwischenzeitlich nicht mehr erreichbar.

werden, keine Möglichkeit mehr zum organisierten Spendensammeln erhalten. Erstaunlich – wenn man bedenkt, dass über die Mastercard-Plattform etwa Zuwendungen für den politischen Arm des rechtsradikalen Ku-Klux-Klans immer möglich waren und noch immer sind, wie der Journalismusprofessor Jeff Jarvis feststellte.

Wenn die US-Politiker und die Großindustrie gedacht haben, sie würden WikiLeaks entscheidend schwächen können und seine Unterstützer hielten still, erlebten sie eine böse Überraschung. Truppen aus dem Netz schlugen zurück und attackierten die Unternehmen in einem regelrechten Datenaufstand.

„Operation Payback“, Rückzahlung, nannten sie ihr Vorgehen, griffen mit massiven Cyber-Attacken, orchestriert von einigen Aktivisten einer Gruppe namens „Anonymous“, über Tausende zusammengeschalteter Computerprogramme und Rechner die Anti-WikiLeaks-Firmen an. Sie legten deren Websites für Stunden lahm. Einige wenige Aktivisten fischten im Rahmen der Attacken angeblich auch Kreditkartendaten von Kunden ab. Und überschritten so eindeutig die Grenzen der „Selbstverteidigung“, die sie sich in kühner Selbstüberschätzung – „Wir sind das Web, wir machen unsere Regeln!“ – zubilligten.

Andere waren politisch kreativer: Sie durchkämmten die eigene Enthüllungsplattform – und fanden tatsächlich vertrauliche Nachrichten, die für Visa und Mastercard unangenehm klangen. Konkret geht es um die Depesche der Moskauer Botschaft an das Außenministerium in Washington vom 1. Februar 2010.

Das vertrauliche Schreiben handelt von einem russischen Gesetzentwurf. Die beiden amerikanischen Kreditkartenunternehmen sollten möglicherweise vom lukrativen Markt Moskau ausgeschlossen werden. Ein Grund für die Absicht des Kreml, Visa und Mastercard auszuboten, wurde in der Depesche gleich mitgeliefert: Kreml-Vertreter hätten den Verdacht geäußert, die beiden amerikanischen Firmen arbeiteten regelmäßig mit US-Geheimdiensten zusammen. Visa und Mastercard forderten die US-Botschaft dazu auf, für ihre Sache Lobbyarbeit zu leisten, sie wollten dafür „konstruktiv mit russischen Regierungsstellen zusammenarbeiten“. Kein sensationell entlarvender Bericht, aber auch nicht gerade schmeichelhaft.

Es gibt viele Möglichkeiten für die Aktivisten, sich zu wehren – der Rechtsweg gegen die Kontenschließungen wäre einer. Dass jetzt der vieltausendfache illegale Datenbeschuss von Konzern-Websites für WikiLeaks nach hinten losgehen, Assange & Co. massiv schaden könnte, hatte der isländische WikiLeaks-Vertreter Kristinn Hrafnsson als Erster begriffen und stellte

klar, es gebe „keinen Kontakt zwischen Anonymous und WikiLeaks, wir verurteilen die Attacken nicht, begrüßen sie aber auch nicht“. Ähnlich äußerte sich inzwischen Assange aus dem Gefängnis.

Die Welle der wütenden „Rächer“ allerdings ist kaum mehr zu stoppen. Die Websites von „feindlichen“ Politikern wie Palin und Lieberman werden attackiert, auch sind die Staatsanwaltschaft in Schweden und am Donnerstag die Stockholmer Regierung vorübergehend nicht mehr im Netz zu erreichen.

Ein riesiges Raumschiff schwebt über der Erde, es sendet einen tödlichen Strahl zum Boden, der den Feind vernichtet: Dieses Logo dekoriert die Tatwaffe, eine Software namens „Low Orbit Ion Cannon“ (LOIC) – eine Ionenkanone, wie sie sonst allenfalls in Science-Fiction-Romanen existierte. LOIC ist ein Schadprogramm, mit dem sich sogenannte Denial-of-Service-Attacken (DoS) fahren lassen.



Joe Lieberman, US-Sicherheitsexperte
„Die von der ‚New York Times‘ haben sich mindestens wie schlechte Staatsbürger benommen.“

DoS-Angriffe sind ebenso simpel wie effektiv: Von einer Vielzahl von Rechnern wird eine Flut von unsinnigen Anfragen an eine Website gestellt, bis die Webserver heißlaufen und in die Knie gehen. Gerade in der scheinbaren Harmlosigkeit liegt die Durchschlagskraft der DoS-Attacken. Denn die Filterprogramme der Firewall-Schutzrechner können kaum unterscheiden, welches Datenpaket von einem arglosen Geschäftspartner kommt – und welches aus der Strahlenkanone. Wer ist Kunde, wer Demonstrant? Irgendwann macht der Server dicht, und niemand kommt mehr rein.

DoS-Attacken sind nicht Krieg, sondern Propaganda, digitale Selbstjustiz, sie treffen meist nicht auf wirklich schmerzhaftes Ziel wie Kraftwerke oder Staudämme, sondern auf die Aufmerksamkeit der Netzöffentlichkeit. Das ist auch diesmal wieder gelungen. Die Angreifer setzen dabei auf eine perfide Technik: Sie benutzen ein ganzes Heer von Rechnern in

aller Welt, die sich wie eine Armee von Zombies fernsteuern lassen. Man nennt solche Netze „Botnets“, manche umfassen mehrere Millionen Rechner.

Herkömmliche Zombienetze werden normalerweise von kriminellen „Bot Herders“ gesteuert, Roboterhirten also. Adam Sweaney, einer der wenigen Roboterhirten, die je verurteilt wurden, bot seine Zombiehorda aus 6000 Rechnern zum Schnäppchenpreis an, für nur 200 Dollar pro Woche. Er flog auf, als er einem Agenten sein unmoralisches Angebot machte.

Theoretisch kann jeder unbescholtene Netzbürger zum Mittäter eines Bot-Netzes werden, wenn sein Rechner infiziert wird. In Deutschland ist jeder tausendste Rechner laut einer aktuellen Microsoft-Studie befallen, in Ländern wie Südkorea liegt die Durchseuchung bei über 14 Promille.

Die meisten Bot-Netze werden heute zum Versenden von unerwünschten Werbemails verwendet, weil das weniger riskant ist als Erpressung. Hier schließt sich der Kreis zu den aktuellen Netzprotesten gegen die Gegner von WikiLeaks: Sie formulieren die Logik der Bot-Netze zum Bürgerprotest um. „Operation Avenge Assange“ heißt der Aufruf zum digitalen Widerstand, unterzeichnet von der Aktivistengruppe „Anonymous“, und der Name ist Programm. Die Gruppe braucht kein Konto und keine Website, sie rekrutiert ihre Unterstützer über ständig wechselnde Accounts, immer wenn einer geschlossen wird, eröffnen sie einen neuen. Es ist die Logik der schnell und unabhängig operierenden Einheiten, wie sie schon vom preußischen General Carl von Clausewitz für den Guerillakrieg formuliert wurde.

Die Unterstützer laden sich einfach die Ionenkanonen-Software auf ihren Rechner und geben die Website ihres Missvergnügens als Ziel ein, schon wird diese durch eine Flut von Datenmüll gestört. Die Software erfordert keinerlei Kenntnisse, „Script Kiddies“ werden die Nutzer derartiger Amateurprogramme in Hackerkreisen verächtlich genannt, im Grunde genommen ist sie eines versierten Spezialisten wie Assange gar nicht würdig.

Doch genau in dieser Banalität liegt die Stärke der Ionenkanonen-Software: Sollte ein Ermittler den Rechner konfiszieren, könnte ein Nutzer versuchen, sich mit technischer Unwissenheit herauszureden. Der Demonstrant gibt sich einfach als Passant aus, der Täter als Opfer eines Bot-Netzes.

Um ihre Kräfte zu bündeln, setzen die Cyberdemonstranten auf eine zweite Technik: Sie können ihren Rechner freiwillig in einen Zombie verwandeln, indem sie eine Adresse für die Fernsteuerung eingeben. Fortan brauchen sie sich nicht mehr selbst am Klickstreik zu beteiligen, sondern lassen die Software einfach im Hintergrund laufen, während die anonymen Bot-Hirten von ihrem Rechner aus Attacken fahren. „Hive Mind“ heißt



US-Außenministerin Clinton, -Präsident Obama beim Nato-Gipfel in Lissabon: „Jeden Gesetzesbrecher zur Verantwortung ziehen“

dies System, was so viel bedeutet wie „Schwarmintelligenz“.

Die „virtuellen Molotow-Cocktails“ sind auch in der Netz-Gemeinde nicht umstritten, eine Mehrheit der wohl oft jugendlichen und abenteuerlustigen Angreifer findet aber, man schlage ja nur zurück, mit gezielten und angemessenen Nadelstichen – die anderen hätten angefangen. Ende vergangener Woche wurde in den Niederlanden ein 16-jähriger Angreifer festgenommen, der laut Staatsanwaltschaft sofort seine Schuld bekannte.

Ähnliche Attacken fahren auch die Assange-Gegner. Die Haupt-Web-Seite von WikiLeaks blieb tagelang unerreichbar. Die Angriffe wirkten so koordiniert, dass viele das Werk amerikanischer Regierungs- oder Geheimdienststellen vermuteten. WikiLeaks war allerdings niemals wirklich gefährdet. Die Techno-Guerilleros wissen, wie man von einer Internetseite auf die andere ausweicht, Hunderte Unterstützer haben WikiLeaks mit Spiegel-Seiten im Netz geklont.

Assange auf diese Weise mundtot machen zu wollen sei vom „Prinzip, der Praxis und der Priorität“ fragwürdig, schrieb der britische „Economist“, gegenüber den WikiLeaks-Veröffentlichungen sonst eher skeptisch. „Die große Gefahr ist,

dass Amerika sich dazu provozieren lässt, es nicht so genau zu nehmen mit seinen Regeln oder sie zu brechen und dadurch Allianzen zu gefährden, seine Glaubwürdigkeit zu unterhöhlen.“

Und so steht US-Außenamtssprecher Philip J. Crowley am Dienstag vergangener Woche vor Journalisten aus der ganzen Welt, das zweite Mal schon an diesem Tag, und es kommt wieder diese Frage, die einzige Frage derzeit. Werden die USA juristisch gegen Julian Assange und seine Organisation WikiLeaks vorgehen?

Crowley, sonst ein besonnener Diplomat, will jetzt nicht besänftigend klingen, er möchte sich kämpferisch geben. „Aggressiv“ werde man den Vorfall untersuchen, betont er. „Wir werden jeden verfolgen und zur Rechenschaft ziehen, der aus unserer Sicht gegen US-Gesetze verstoßen hat.“ Starke Worte. Nur: So klang Crowley auch schon im Juli, als die erste WikiLeaks-Enthüllung von Geheimdokumenten zum Afghanistan-Krieg die Welt erschütterte. Seither prüfen US-Regierungsjuristen eine mögliche Anklage gegen Assange.

Doch es gibt noch immer keinen Schriftsatz, den sie für tauglich halten. Und vor allem für gerichtsfest.

Es soll mehr als Säbelrasseln geben, verspricht Amerikas Justizminister Eric

Holder. Komplizierte Rechtskonstruktionen schwirren derzeit durch die Debatten in Washington, die selbst Juristen nur aus Seminaren zur Rechtsgeschichte kennen. Etwa der Espionage Act (USC 18, Pt. 1, Ch 37), erlassen 1917, damals gab es noch keine E-Mails, noch kein Internet, schon gar kein WikiLeaks. Verurteilt werde, so lautet das Gesetz, wer wissentlich illegal in den Besitz von Informationen gelange, die der Sicherheit der Vereinigten Staaten schaden könnten.

Ein Anwendungsfall drehte sich um einen Sozialisten, der Flugblätter gegen die Wehrpflicht verteilt hatte, die USA waren kurz vorher in den Ersten Weltkrieg eingetreten. „Informationen zu verbreiten, die den Erfolg der US-Truppen behindern oder den der Feinde fördern“, darauf stand sogar die Todesstrafe. Aber kann nun diese archaische Vorschrift auch für den Popstar-Anarcho Assange gelten, der sich selbst doch nur als einen besonders engagierten Journalisten versteht?

Ganz ohne Vorbild ist so ein Versuch nicht. Der Espionage Act wurde schon einmal gegen Amerikas führende Zeitung, die „New York Times“, in Stellung gebracht.

Damals ging es um die „Pentagon Papers“, einen hochbrisanten Geheimbericht, verfasst zu Zeiten, als Präsident

„Die Unterstützung ist so groß wie nie“

Hendrik Fulda von der Wau-Holland-Stiftung über die Spenden für WikiLeaks

Fulda, 39, ist Vorstandsmitglied der Wau-Holland-Stiftung, die seit dem Herbst 2009 in Europa die Spenden für WikiLeaks verwaltet.

SPIEGEL: PayPal, Mastercard und Visa haben die Geldflüsse an WikiLeaks gestoppt. Sind Sie nun handlungsunfähig?

Fulda: Nein. Uns ist eine Möglichkeit weggefallen, Spenden entgegenzunehmen. Natürlich war die Variante, über PayPal zu spenden, sehr populär, weil es so einfach ist. Man braucht viel weniger Aufwand, als uns Geld bei einer Bank zu überweisen, ein paar Mausklicks reichen. Wir hatten etwa doppelt so viele Spenden über PayPal wie über Banken, aber der herkömmliche Weg des Überweisens funktioniert natürlich immer noch. Das Gerücht, auch unser Bankkonto sei gesperrt, ist falsch. Visa und Mastercard laufen nicht über unsere Stiftung.

SPIEGEL: Die Ebay-Tochter PayPal hat den Spendenstopp mit dem Vorwurf begründet, WikiLeaks unterstütze illegale Handlungen.

Fulda: Das ist an den Haaren herbeigezogen, und wir sind dagegen anwaltlich vorgegangen. PayPal hat schnell reagiert und die eingefrorenen Spenden freigegeben. Die Kritik lautet jetzt, dass WikiLeaks möglicherweise zu Straftaten aufrufe. PayPal nennt das ausdrücklich eine Meinung, beruft sich aber noch immer auf ihre Geschäftsbedingungen. Für uns ist dieses Konto weiter für neue Spenden gesperrt. Wenn PayPal aber nicht mehr mit uns zusammenarbeiten möchte, dann wird sie immer einen Grund dafür finden. Wir betrachten das Kapitel als abgeschlossen. Das war's.

SPIEGEL: Als Reaktion haben Hacker die Seiten von Mastercard und Visa zeitweilig lahmgelegt. Wie beurteilen Sie solche Angriffe?

Fulda: Dazu können wir nichts sagen. Wir rufen dazu nicht auf und haben damit nichts zu tun.

SPIEGEL: Gab es politischen Druck auf die Stiftung, nicht mehr mit WikiLeaks zusammenzuarbeiten?

Fulda: Für uns sind das Regierungspräsidium Kassel und das Finanzamt zuständig. Ich weiß nicht, was hinter den Kulissen gelaufen ist und ob die amerikanische Regierung Druck auf die Bundesregierung ausübt. Auf uns direkt gab es keinen Druck.



WikiLeaks-Website, PayPal-Filiale*: „Ohne Belege geht nichts“

SPIEGEL: Wie viele Spenden haben Sie bislang für WikiLeaks gesammelt?

Fulda: Seit Oktober 2009 sind bei uns etwas mehr als 900 000 Euro eingegangen.

SPIEGEL: Welche Beträge werden gespendet?

Fulda: Das sind überwiegend Kleinbeträge, das Mittel liegt bei 25 Euro. Aber wir hatten auch schon die Spende einer Einzelperson über 50 000 Euro.

SPIEGEL: Wie viel Geld ist an WikiLeaks ausgeschüttet worden?

Fulda: Bislang haben wir etwas mehr als 370 000 Euro ausgezahlt.

SPIEGEL: Einer der Vorwürfe gegen WikiLeaks lautet, es gebe in Bezug auf die Finanzen keine Transparenz. Wie kontrollieren Sie die Verwendung der Spenden?

Fulda: Wir zahlen prinzipiell nur gegen Belege aus. Dazu gehören Reisekosten ebenso wie Ausgaben für Hardware, also neue Computer zum Beispiel, oder Infrastrukturkosten wie die Erreichbarkeit im Internet. Relativ neu sind Personalkosten. WikiLeaks zahlt einigen Mitarbeitern mittlerweile Gehalt, die Mitarbeiter stellen der Organisation eine Rechnung, und WikiLeaks reicht sie bei uns ein. Schließlich finanzieren wir auch Aktionen und juristischen Beistand, also Anwaltskosten. Ohne Belege geht nichts.

SPIEGEL: Stimmen die Vorwürfe, dass WikiLeaks-Gründer Julian Assange Business-Class fliegt und in teuren Hotels übernachtet?

Fulda: Ich habe nicht jedes einzelne Hotel überprüft, aber nach den eingereichten Belegen, die ich überblicken kann, ist das Quatsch. Assange fliegt Economy und kommt oft privat unter, bei Bekannten.

SPIEGEL: Wie haben sich die Spenden seit der Veröffentlichung der Botschaftsberichte entwickelt?

Fulda: Jede WikiLeaks-Veröffentlichung hat eine Spenden-

welle erzeugt, und die Unterstützung war noch nie so groß wie derzeit. Allein über PayPal kamen in einer Woche über 80 000 Euro zusammen. Wir müssen sehen, wie sich der Wegfall von PayPal auf den Spendenfluss auswirkt.

SPIEGEL: Wird aus den von Ihnen verwalteten Geldern auch die juristische Verteidigung von Assange gegen die Vorwürfe der Vergewaltigung finanziert?

Fulda: Nein, das entspräche nicht dem Stiftungszweck. Wir zahlen Geld für die Arbeit von WikiLeaks aus, nicht für die Privatangelegenheiten einzelner Mitarbeiter.

INTERVIEW: HOLGER STARK

* Oben: vom 9. Dezember; unten: bei Potsdam.

Lyndon B. Johnson der US-Öffentlichkeit noch weismachte, der Krieg in Vietnam werde mit einem Triumph Amerikas enden. Doch Robert McNamara, sein brillanter Verteidigungsminister, hatte sich innerlich wohl längst vom Sieg verabschiedet. 1967 ließ er eine vertrauliche Studie anfertigen, wie Amerika sich in diesen unheilvollen Krieg im Dschungel verstricken konnte. Nicht einmal Johnson wusste über das Projekt Bescheid, 36 Experten arbeiteten mit Hochdruck an dem Bericht, rund 7000 Seiten wurde er lang.

Ihr Fazit war niederschmetternd: Amerika hatte heimlich den Krieg eskaliert, etwa durch die Bombardierung von Kambodscha und Laos. Daniel Ellsberg, ein Mitautor des Berichts, konnte die Doppelzüngigkeit seiner Vorgesetzten irgendwann nicht mehr ertragen – schließlich fielen weiterhin Bomben in dem Krieg, obwohl Johnson längst aus dem Weißen Haus geschieden war. Der Wissenschaftler hatte selbst Jahre in Vietnam verbracht, er hatte keinen Zweifel, dass ein militärischer Erfolg außer Reichweite war.

Ende 1969 begann er, den Mammutbericht zu kopieren, oft nachts, mit Hilfe seiner Kinder, ewig dauerte das. Der Gefreite Bradley Manning, vermutlich die Quelle der WikiLeaks-Dokumente, hätte dafür heute nur einen USB-Stick gebraucht – und ein paar Augenblicke. Manning ist derzeit in Einzelhaft auf der Militärbasis Quantico, Virginia, untergebracht, darf nicht einmal seine Familie sehen; ihm drohen 52 Jahre Haft. Ellsberg, 79, nennt heute Manning und Assange „Helden“.

Damals schmuggelte Ellsberg seine Kopien an die „New York Times“ und die „Washington Post“. Die Redakteure zögerten, doch schließlich druckten sie. Johnson-Nachfolger Richard Nixon wollte die Publikation ignorieren. Doch sein Sicherheitsberater Henry Kissinger überzeugte ihn, dass die Vertraulichkeit von Regierungsinfos aus Prinzip verteidigt werden müsse. Kissinger misstraute der Öffentlichkeit zutiefst, er hielt sie für naiv in außenpolitischen Dingen – und Ellsberg für den „gefährlichsten Mann in Amerika“. Nixon-Handlanger brachen in die Praxis von Ellsbergs Psychiater ein, um belastendes Material gegen den Geheimnisverräter zu finden.

Und die Regierung zog vor Gericht, unter Berufung auf den Espionage Act. Eine weitere Publikation würde die Sicherheitsinteressen der USA „irreparabel“ schädigen. Die Rhetorik ähnelt verblüffend den heutigen US-Stellungnahmen zu WikiLeaks: Das Leben von Soldaten und US-Mitarbeitern könnte in Gefahr geraten, das US-Ansehen bei Verbündeten werde beschädigt.

Das reichte für die ersten Instanzen. Nach nur drei Artikeln musste die „New York Times“ ihre Serie stoppen, sie zog vor den Obersten Gerichtshof in Wa-



Rush Limbaugh, Radiokommentator
„Damals, in den alten Tagen, als Männer noch Männer waren und Länder noch Länder, wäre dieser Typ (Assange) an einer Bleivergiftung gestorben.“

shington. Dort hörten die Richter auf ihre Argumente. Die Demokratie könne nur durch eine „informierte und kritische öffentliche Meinung“ gesichert werden, urteilten sie. „Nationale Sicherheit“ hingen, das sei ein zu vager Begriff, um einen Abdruck zu verbieten.

New York Times Co. v. United States, 403 U.S. 713 (1971) heißt die Entscheidung, viele halten sie für die eigentliche Bewährungsprobe des First Amendment, dieses Zusatzes, der 1791 an die junge Verfassung gehängt wurde, um die Rechte der neuen Bürger nachdrücklich zu schützen. „Der Kongress darf kein einziges Gesetz erlassen ..., das die Rede- oder



Staatsanwältin Ny in Göteborg
Erzwungener Sex oder Rachephantasie?

Pressefreiheit einschränkt“, heißt es darin. Das bedeutet in der Praxis, die sich über Jahrhunderte in Amerikas Gerichtssälen herausmeißelte: Nazis dürfen mit Hakenkreuzen durch jüdische Viertel in Chicago ziehen. Amerikaner können ihre Flagge öffentlich verbrennen und es als Meinungsäußerung rechtfertigen.

Ellsberg wurde nie belangt, ebenso wenig wie je ein Journalist unter dem Spionage-Akt. Überhaupt noch nie musste das jemand erdulden, der brisante Informationen nur besaß und nicht gestohlen hatte. Nun aber, in den Zeiten von WikiLeaks, könnte sich das rasch ändern. Senatorin Dianne Feinstein, Vorsitzende des Geheimdienstausschusses im US-Senat, fordert: „Klagt Assange nach dem Spionage-Akt an!“ Doch dem Australier müsste erst einmal nachgewiesen werden, dass er seine Informationen „zum Schaden der Vereinigten Staaten“ einsetzen wollte.

Schließlich hatte Assange selbst die US-Regierung vor Veröffentlichung der Botschaftsberichte kontaktiert und um Schwärzung kritischer Passagen gebeten – auch wenn diese jede Kooperation ablehnte. Zudem hat Verteidigungsminister Robert Gates öffentlich zugegeben, die Publikation habe wohl nur einen „bescheidenen“ Einfluss auf die US-Diplomatie. Wo ist also der Schaden?

Die Regierungsrhetorik ist auf Einschüchterung angelegt. „Es könnte der falsche Eindruck entstehen, dass wir nur auf den Spionageakt schauen“, sagt Justizminister Holder. „Wir haben noch andere Instrumente zur Verfügung.“

Eine Anklage wegen „Verschwörung“ soll unter dem Spionage-Akt etwa möglich sein. Dafür müsste Assange aber aktiv bei der Beschaffung des Materials geholfen haben. Hinweise darauf: bislang keine. „Wenn es Lücken in unseren Gesetzen gibt“, sagt Holder, „werden wir diese schließen.“

Und das könnte ein Vorgehen gegen die Medienpartner von WikiLeaks einschließen. US-Senator Joe Lieberman fordert schon, auch die Rolle der „New York Times“ „intensiv“ zu prüfen. Zwar seien Fragen der Pressefreiheit immer knifflig, aber die Redakteure hätten sich zumindest „wie schlechte Staatsbürger“ verhalten. Und er will auch Schritte gegen ausländische Publikationen, etwa den SPIEGEL, untersuchen lassen.

Dabei ist die ganze Affäre unbestreitbar zuallererst ein Sicherheitsversagen von Seiten der US-Regierung – und wohl das Ende eines gigantischen Experiments. Vor den Anschlägen vom 11. September bewachte jede US-Behörde ihre Geheimnisse argwöhnisch, selbst vor den Kollegen. Die Inlandsermittler vom FBI erzählten den Auslandsagenten vom CIA nicht, dass einer der späteren Terroristen Flugstunden genommen hatte, obwohl die verzweifelt nach genau solchen Infos suchten.

Das sollte sich nach dem Terrorschock ändern, maximaler Austausch war fortan die Devise. Begleiterscheinung war aber, dass immer mehr Personen Zugriff auf sensible Daten hatten – etwa 2,5 Millionen Menschen konnten sich in die Datenbank einloggen, von der wohl auch die geheimen Botschaftsdepeschen entwendet wurden. Die Zahl der verschlüsselten Dokumente stieg rasant an, allein um 75 Prozent zwischen 1996 und 2009. „Wenn alles geheim ist, ist nichts geheim“, hat der ehemalige Richter am Obersten Gerichtshof Potter Stewart einmal gesagt.

Nachdem die staatliche Rentenverwaltung Social Security Administration in der vorvergangenen Woche ihren 62 000 Mitarbeitern per E-Mail ausdrücklich davon abriet, Dokumente von WikiLeaks zu lesen, hat nun auch eine Fakultät der Columbia University ihre Studenten davor gewarnt, allzu offenherzig über WikiLeaks zu reden oder die Berichte für wissenschaftliche Arbeiten zu verwenden, wenn sie nicht ihre Karrierechancen beim Staat beeinträchtigen wollten. Ein Büro der Fakultät verschickte in der vergangenen Woche eine Mail, in der es vor einer offenen Debatte über die Dokumente warnte. „Das könnte eure Fähigkeit in Frage stellen, mit vertraulichen Informationen umzugehen.“

Viel Einschüchterung, wenig Selbstkritik – dementsprechend hagelt es international Kritik. Navi Pillay, die Hochkommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen, zeigte sich öffentlich „besorgt“ über die Versuche, die Internetplattform mundtot zu machen. Man könne das als „Versuch werten, WikiLeaks zu zensieren, und damit die Freiheit der Meinungsäußerung verletzen“. Der scheidende brasilianische Präsident Lula da Silva, der einflussreiche Held der Dritten Welt, versicherte Assange seiner „Solidarität“, er dürfe keinesfalls rechtlich belangt werden. Die Verfasser der Depeschen seien selbst schuld; brasilianische Botschafter sollten künftig vorsichtig sein, nichts Bristantes schriftlich formulieren und überhaupt „keinen Blödsinn“ erzählen.

Der russische Ministerpräsident Wladimir Putin nannte die „Verfolgung“ des Netzbetreibers am Donnerstag einen „Beleg für die Scheinheiligkeit des Westens“. Der Kreml regte bei Vertretern aus dem Umfeld unverdächtig „unabhängiger“ Organisationen an, Assange für den Nobelpreis vorzuschlagen. Die „Pekinger Volkszeitung“, ausgerechnet, war auf dieselbe Idee gekommen. Und in Australien, der Heimat des Umstrittenen und sonst eisern an der Seite Washingtons, teilte Außenminister Kevin Rudd, abweichend von seiner Chefin, gegen den Verbündeten heftig aus: Die USA selbst hätten ihre Dokumente fahrlässig wenig geschützt, sie seien „verantwortlich“ für das Durchstechen der Außenamtspapiere.

Bei der harschen Reaktion der beiden mag auch ein wenig Rache an Washington mitgespielt haben: Sie sind in der Beurteilung der US-Diplomaten mäßig weggekommen – Rudd ein „Chaot“, Putin ein „Alpha-Rüde“. Vor allem aber vom russischen Premier, der Dissidenten im eigenen Land kleinhält und NGOs überwachungs lässt, ist die Assange-Verteidigung reichlich überraschend.

Wie aber geht es weiter mit dem WikiLeaks-Chef? Wie entwickelt sich der Kriminalfall Julian Assange?

Viele seiner Anhänger tun so, als wäre er am vergangenen Dienstag in London auch wegen seiner Internetaktivitäten verhaftet worden – aber Hinweise auf ein Komplott gibt es nicht. Es geht um eine mögliche private Verfehlung. Er soll Mitte August in Stockholm zwei Frauen sexuell genötigt haben. Der Cyber-Krieger muss mindestens noch bis Mitte dieser Woche in seiner Zelle bleiben, dann könnte ihm



Newt Gingrich, Republikaner-Urgestein

„Informationskrieg ist Krieg. Julian Assange ist an Kriegshandlungen beteiligt.“

die Auslieferung drohen. Sonst so sehr auf Transparenz bedacht, hat er sich in Bezug auf die Anklage bisher eher bedeckt gehalten; als eine Interviewerin im Fernsehen eine Nachfrage zu dem Thema stellte, stand er auf und verließ das Studio.

Assange-Anhänger glauben, dass ihm eine „Honigfalle“ gestellt worden sei, sein britischer Anwalt Mark Stephens spricht von „dunklen Mächten im Hintergrund“, die Anhänger sehen den amerikanischen Geheimdienst am Werk. Ihre Verschwörungstheorie geht so: Nach der Ankunft in Schweden und einem bald darauf in Stockholm eintreffenden US-Haftbefehl solle Assange nach Washington weitergeleitet werden. Amerika suche Rache.

Es gibt Merkwürdigkeiten an dem Fall: Die beiden Frauen, die Anzeige erstatteten, hatten nach eigenen Angaben, unabhängig voneinander und an zwei aufeinanderfolgenden Tagen, einvernehmlichen Sex mit dem WikiLeaks-Gründer. Danach soll es auch zu Geschlechtsverkehr ohne Kondom gekommen sein, und das

angeblich ohne den Willen der Partnerinnen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Vergewaltigung.

Erst als die beiden ihre Erfahrungen austauschten, hatten sie beschlossen, gemeinsam zur Polizei zu gehen. Assange sei zwar nicht gewalttätig, sagten sie aus, habe aber eine „verquere Einstellung“ gegenüber Frauen und könne kein „Nein“ akzeptieren.

Besonders bei Anna A., die Assange zum Vortrag nach Schweden eingeladen hatte, könnten nach Auffassung seiner Anhänger auch andere Motive eine Rolle gespielt haben. Die engagierte Feministin hat ein amerikanisches Manifest übersetzt und verbreitet, das den besten Umgang mit aufdringlichen Männern beschreibt. „Sieben Schritte zur gerechten Rache“ heißt das Pamphlet. Punkt drei: „Willst du jemanden rächen, der untreu war ... sollte die Strafe mit Sex zu tun haben.“ Punkt vier: „Benutze deine Phantasie!“

Mit der Aussage der beiden Frauen begann ein Fall, wie ihn die schwedische Justiz selten erlebt hat. Die zuständige Staatsanwältin beantragte einen Haftbefehl wegen Vergewaltigung. Innerhalb von weniger als 24 Stunden zog sie ihn wieder zurück. Bis dann Oberstaatsanwältin Marianne Ny im November einen neuen Haftbefehl ausstellte, Interpol suchte Assange. Der bot eine Vernehmung in London an. Um den schwedischen Gardinen zu entgehen, tauchte er dann unter; er stellte sich schließlich freiwillig. Kaution lehnte der Richter ab.

Was sich für den Australier – aber auch nach deutschem Rechtsempfinden – als übermäßige Schärfe der Strafverfolger darstellt, ist für Schweden nicht ungewöhnlich. In Stockholm scherzt man gern, man brauche hier eine schriftliche Einwilligung der Frau, um mit ihr ohne Angst vor juristischer Verfolgung ins Bett zu gehen. Solche Sprüche hält Claes Borgström, Anwalt der beiden mutmaßlichen Opfer, für „chauvinistisch“.

Er glaubt, es stehe „50 zu 50“, ob es wirklich zu einem Vergewaltigungsprozess komme, im schlimmsten Fall drohe dem Angeklagten eine vierjährige Haftstrafe. Aber auf eines könne man sich verlassen: „Schweden hat eins der besten Rechtssysteme der Welt. Die WikiLeaks-Affäre wird auf den Verlauf des Verfahrens nicht den geringsten Einfluss haben.“

Zumindest ist Assange in seiner Londoner Zelle wieder online. Nicht auf seinem Rechner, der wurde ihm verweigert; auf einem PC älterer Bauart dürfe er seit verganginem Freitag – unter Restriktionen – im Web surfen, sagen seine Anwälte. Nun fließt wieder Blut in seinen Adern.

Dem „Australian“, einer Zeitung aus seiner Heimat, hat er ein Manifest geschickt. Ein Hauch von Größenwahn kennzeichnet den Essay, das erwartet man von dem Mann, der sich gar zu oft



WikiLeaks-Gründer Assange in Sydney: Alptraum Guantanamo

als Mittelpunkt der Welt sieht und sich als Revolutionär eines neuen Zeitalters überschätzt; aber es steht auch viel Überlegenswertes darin.

„WikiLeaks veröffentlicht Fakten, die öffentlich werden müssen. (Beispiele staatlicher Übergriffe) bezeugen, was passiert, wenn Politiker Medien daran hindern, die Wahrheit zu berichten. WikiLeaks hat einen neuen Typus von Journalismus geprägt: wissenschaftlichen Journalismus.“ Assange macht klar, dass er sich als Teil der Presse sieht, aber die Beurteilung des Rohmaterials nicht gering schätzt. „Wir arbeiten mit anderen Medien zusammen, um den Menschen die Nachrichten zu bringen. Wissenschaftlicher Journalismus erlaubt dem Leser, eine Story zu lesen, dann ins Netz zu gehen und das Originaldokument zu sehen, auf dem die Geschichte basiert. So kann jeder selbst beurteilen: Ist die Story wahr? Hat der Journalist sie exakt berichtet?“

In einem früheren, von ihm mitverfassten Buch mit dem Titel „Underground“ beschreibt er seine stets vorhandene Angst vor einer Verhaftung, anhand seines erfundenen Alter Ego „Mendax“, was Lateinisch ist und „Lügner“ heißt. „Mendax träumte immerzu von Polizeirazzien. Er träumte von Fußstapfen, die vor seinem Hauseingang knirschten, von Schatten in der nächtlichen Vor-Dämmerung, von pistolenschwingenden Polizeitruppen, die um fünf Uhr morgens seine Haustür eintraten.“

Mit seinem niederländischen Freund Rop Gonggrijp diskutierte er im vergangenen Winter einmal, wo man denn im Fall eines Falles am liebsten einsitze. „Guantanamo ist um diese Jahreszeit ganz nett“, sagte der Freund. Assange kommentierte das nicht, das US-Lager auf Kuba mit seinem weitgehend rechtsfreien Raum dürfte sein Alptraum sein.

Der Mann hinter WikiLeaks hat sich übrigens immer dagegen gewehrt, als „anti-amerikanisch“ abgestempelt zu werden. Seine ersten Enthüllungen betrafen somalische Islamisten sowie Korruption und illegale Exekutionen in Kenia (was ihm einen Preis von Amnesty International einbrachte). Dann kam die Scientology-Sekte dran, die US-Kriege folgten erst später. „WikiLeaks wird sich nie rechtlich unverschämten Forderungen von Scientology beugen“, schrieb er nach Widerrufsorderungen, wie immer in der Wahl ein wenig pompös, „genauso wenig wie ähnlichen Forderungen von Schweizer Banken, früherer afrikanischer Kleptokraten oder des Pentagon.“

Und er hat auch jetzt in Haft noch einen Trumpf im Ärmel. Ende Juli hat Assange einen verschlüsselten Datensatz ins Internet gestellt, den er als seine ultimative Versicherung betrachtet. Freunde, Feinde, Neugierige und Angehörige von Geheimdiensten weltweit haben „insurance.aes256“ auf ihre Festplatten herun-

Operation: Payback

<http://irc.anonops.net/operationpayback> est. 2010



Target: <https://www.paypal.com/>
When: In a few hours.

We will fire at anyone or anything that tries to censor WikiLeaks, including multi-Billion dollar companies such as PayPal.

Twitter you're next for censoring #Wikileaks discussion.

The major shitstorm has begun.

Aufruf zur Cyber-Attacke auf PayPal: Angriffe mit „Ionenkanonen“



Mutmaßlicher Abtransport von Untersuchungshäftling Assange in London: „WikiLeaks wird sich nie beugen“

tergeladen, immerhin eine Datenmenge von 1,4 GB, genug für mehr als tausend Romane.

Niemand kann diese massenhaft verbreitete Rätseldatei bisher öffnen. Niemand weiß, auf welche Weise Assange sie chiffriert hat. Wenn Assange tatsächlich, wie behauptet, nach dem Verfahren eines „Advanced Encryption Standard“ mit 256 Bit vorgegangen ist, der als einer der besten der Welt gilt, dann brauchte auch der schnellste Supercomputer vermutlich viele Jahrzehnte, um die Verschlüsselung zu knacken.

Der AES256-Standard ist sogar so gut, dass er für richtig geheime Papiere von US-Geheimdiensten wie der National Security Agency (NSA) Anerkennung gefunden hat. Wann immer Assange will, könnte er den Schlüssel für die Rätseldatei in die Welt setzen. Er hat angekündigt, dass er – oder seine Helfer – genau dies tun würden, falls ihm oder WikiLeaks etwas zustieße. Es ist eine Taktik wie die eines Bösewichts aus einem James-Bond-Film.

Die Spekulationen reißen nicht ab, was in der mysteriösen Datei drinsteckt. Vielleicht sind es alle Botschaftskabel, ungefiltert und ohne jede Schwärzung. Vielleicht sind auch viele weitere Enthüllungen dabei, die sich Assange erst für die Zukunft vorgenommen hat, zum Beispiel über Guantanamo oder das Geschäftsge-

baren der Bank of America. Als im November erstmals Gerüchte über ein Leck des Geldinstituts auftauchten, fielen die Bankaktien an einem Tag um über drei Prozent.

Assange hat Macht – auch in der Haft, selbst dann, wenn er tot wäre.

Das Gerichtsverfahren wegen Vergewaltigung muss seinen legalen Weg gehen. Ansonsten scheint dringend geboten, dass beide Seiten abrüsten, WikiLeaks und seine Big-Business- und Polit-Verfolger. Dass sie sich wieder um Inhalte kümmern.

Denn es droht, dass politische Brandstifter die internationale Aufregung um die WikiLeaks-Depeschen nutzen, um mit gefälschtem Material Politik zu machen. Wie groß diese Gefahr ist, zeigte sich Donnerstag vergangener Woche auf dem indischen Subkontinent.

Mehrere pakistanische Zeitungen brachten prominent eine sensationelle Story über die angebliche Einschätzung indischer Generäle und der Regierung in Delhi durch das amerikanische Außenministerium. Die seien heimlich mit hinduistischen Fanatikern verbündet, unterstützten militante Islamisten gegen Islamabad, seien selbst einem Völkermord nicht abgeneigt. Die Empörung in Pakistan war groß. Allerdings waren die entsprechenden Depeschen frei erfunden, wie der „Guardian“ nach einer intensiven Unter-

suchung seines Bestands bestätigte. Pakistans Presse druckte die Dementis – und verhinderte so womöglich blutige antiindische Ausschreitungen.

Der Vorfall zeigt, wie wichtig die Auswertung der diplomatischen Botschaften ist – und wie dringend und offen sich Washington mit dem Material auseinandersetzen müsste. Im amerikanischen Außenministerium gibt es dafür keine Anzeichen. Der Anti-WikiLeaks-Furor bestimmt die Politik der Stunde.

Washington hat davon unabhängig angekündigt, vom 1. Mai an für drei Tage den „World Press Freedom Day“ der Unesco auszurichten. Thema: „Medien im 21. Jahrhundert, neue Herausforderungen, neue Hürden“.

Anfang des Jahres hatte sich schon Hillary Clinton zu dem Thema geäußert, in einer engagierten, meinungsstarken und wortgewaltigen Rede. Sie lobte die „positive Macht des Web“, sprach euphorisch von der „ikonischen Infrastruktur unseres Zeitalters“. Bedauernd fügte sie nur hinzu: „Manche Regierungen greifen die unabhängigen Denker an, die sich dieser Instrumente bedienen.“

Sie meinte Iran und die Volksrepublik China.

MANFRED ERTTEL, MARCO EVERS,
ERICH FOLLATH, MARC HUIER,
MARCEL ROSENBACH, GREGOR PETER SCHMITZ,
HILMAR SCHMUNDT